

Fachrichtungen zum Teil deutlich über dem Durchschnitt (37,32 Prozent).

Fortbildungsveranstaltungen gut besucht

Im Berichtszeitraum sind von dem Institut für Qualität im Gesundheitswesen Nordrhein in Zusammenarbeit mit der Gutachterkommission zwei Fortbildungsveranstaltungen durchgeführt worden, und zwar am 26.08.1998 in Bonn zum Thema „Fehler und Gefahren bei der Behandlung der distalen Radiusfraktur“ und am 12.09.1998 in Essen zum Thema „Qualität und Sicherheit in der Diagnostik des Mammakarzinoms“.

Eine weitere Veranstaltung hat am 10.10.1998 in Köln zum Thema „Ärztliche Behandlungsfehler bei der laparoskopischen Cholezystektomie - Probleme der Begutachtung nach Einführung einer neuen operativen Technik“ stattgefunden. Die vierte und letzte ist für den 28.11.1998 in Düsseldorf zum Thema „Fehler und Gefahren bei der Behandlung proktologischer Erkrankungen“ vorgesehen.

Soweit die Veranstaltungen im Zeitpunkt der Vorbereitung dieses Tätigkeitsberichts bereits stattgefunden hatten, ist über ein reges Teilnahmeinteresse zu berichten. Über die Inhalte der Veranstaltungen sind zusammenfassende Berichte im Rheinischen Ärzteblatt geplant.

Für das kommende Jahr sind folgende Themenbereiche für Fortbildungsveranstaltungen vorgesehen:

- Thromboseprophylaxe
- Malignes Melanom
- Diagnose der Appendicitis
- Geburtshilfliche Maßnahmen zur Vermeidung bzw. Überwindung einer Schulterdystokie

Abschließend sei wiederum allen Ärztinnen und Ärzten im Kammerbereich für die in der Regel bereitwillige und zügige Unterstützung der Kommissionsarbeit gedankt.

gez. H. Weltrich

OLG-Präsident a.D.

Vorsitzender

Prof. Dr. med. L. Beck

Geschäftsführendes

Kommissionsmitglied

Bürgerorientierung im Gesundheitswesen

Das Arzt-Patienten-Verhältnis leidet unter den Sachzwängen des Gesundheitswesens

Wie kann sich das Gesundheitswesen mehr an den Bedürfnissen der Bürger orientieren? Das war die zentrale Frage einer Diskussionsrunde kürzlich in Köln, zu der Dr. Heinrich Antz, Vorsitzender der Kreisstelle Köln der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein, eingeladen hatte.

Zu Gelassenheit bei der Diskussion über den Begriff „Bürgerorientierung“ riet der Geschäftsführer der Ärztekammer Nordrhein, Dr. rer. pol. Wolfgang Klitzsch. Er stellte auch fest, daß um diese Frage schon lange gerungen werde. Wer sich „Anwalt der Patienten“ nennen könne, habe eine gewisse Macht inne. Klitzsch sagte, es sei für die Ärztekammer Nordrhein eine gute Zeit, sich dieses Themas anzunehmen, denn mit der Entwicklung der elektronischen Medien bekämen die Bürger sehr leicht medizinische Fachinformationen. Auch wünschten zahlreiche Patientenvertreter aus-

drücklich, daß die Ärztekammer Nordrhein als Anwalt der Patienten auftreten solle. Ein weiterer Grund, sich der Bürgerorientierung zuzuwenden, sei, daß die gesetzlichen Krankenkassen als Patientenanwalt ausfielen, da der kranke Mensch für sie uninteressant geworden sei, so Klitzsch.

Dem widersprach Klaus Bremen vom Paritätischen Wohlfahrtsverband in Wuppertal. Er habe vielmehr den Eindruck, daß die Krankenkassen bei Patienteninformation und -service aufrüsten. Die Zeit sei vorbei, in der der Arzt die Rolle des Patientenanwalts für sich reklamieren konnte, so Bremen. Seine These lautete: „Die Frage der Bürgerorientierung ist eine Frage der Profession.“ Er sehe den Beruf des Arztes in einer Krise, die zur Zeit von den finanziellen Problemen fast völlig überdeckt werde.

Auch Dr. Jan Leidel, Leiter des Gesundheitsamtes der Stadt Köln,

sagte, Patienten fühlten sich mit ihren Problemen von Ärztinnen und Ärzten oft nicht vollkommen akzeptiert. Wenn Menschen zum Arzt gehen, kämen sie nicht als informierte Bürger, sondern vornehmlich als Leidende. Gleichzeitig sehe er auch die Sachzwänge, in denen die Ärzteschaft heute steckt, und die das Arzt-Patienten-Verhältnis belasten.

Bürger sei man immer, Patient nur manchmal; aber jeder Patient sei auch Bürger, sagte die Gesundheitsdezernentin von Köln, Dr. rer. pol. Ursula Christiansen, über das Verhältnis der Menschen zum Gesundheitswesen. Erst wenn die Menschen krank seien, gewinne das Gesundheitssystem an Bedeutung. Dies sei ein Grund, warum die Diskussion um das Gesundheitswesen und die Bürgerorientierung oftmals irrational geführt werde. Sie berichtete von dem 1991 gegründeten Kölner Gesundheitsforum. Es wurden zu Themen wie „Gesundheit und Alter“, „Umweltschutz“ oder „Ausländer“ Projektgruppen gebildet, die Vorschläge zur Verbesserung der jeweiligen Situation ausarbeiteten. „Fachlich sind wir sehr weit gekommen. Bei der Umsetzung sind wir oft gescheitert“, gestand die Dezernentin ein. Der Grund: Es fehlte finanzielle Unterstützung. *Jürgen Brenn*